

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff No. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Druckerei Wilsdruff mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Drucksatz bei
Einschickung monatlich 20, durch andere Kurierpost zugerechnet in der Stadt monatlich 20, auf dem Lande
20, durch die Post bezogen monatlich 20, mit Belegungsgebühr. Alle Telefonkassen und Postkassen sowie
andere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle längerer Abwesenheit
sonstiger Geschäftsstellen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Drucksatzes
zu versichern.



Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.
Anzeigenpreis: 20 für die 6 getragene Spaltenzeile oder deren Raum, Resten, 10 für 3 Spaltenzeile. Bei
Wiederholung und Jahreszahlung entsprechende Preisermäßigung. Bestellungen in anderen Zeitungen
werden durch die 2 getragene Spaltenzeile 20, Nachzahlungsbetrag 20 Pfg. Anzeigenpreis 10 veranlagt
30 Pfg. Für die Anzeigen der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt die Zeitung keine
Verantwortlichkeit, wenn der Betrag durch Post eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Abrede stellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästner, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

No. 117

Sonnabend den 20. Mai 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Impfung der in diesem Jahre zum ersten Male impfpflichtig werdenden hier
wohnhaften Kinder findet im Saale des Gasthofs Weißer Adler statt
Montag, den 22. Mai 1922 nachmittags 1/3 Uhr für sämtliche Erstimpfungen und
nachmittags 4 Uhr für die in diesem Jahre geborenen Kinder, deren Eltern die Impfung
bereits in diesem Jahre wünschen.
Die Nachschau der am 22. Mai 1922 zu impfenden Kinder findet Montag, den
29. Mai 1922 nachmittags 1/3 Uhr ebenda statt.

Alle sonst hierbei in Frage kommenden Vorschriften und insbesondere Straf-
bestimmungen sind aus der an der Anschlagtafel im Verwaltungsgebäude aushängenden
Bekanntmachung ersichtlich, auf die verwiesen wird.

Wilsdruff, am 19. Mai 1922.

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Schlussung der Genuefer Konferenz wurde auf Freitag vormittag anberaumt. Die deutsche Delegation trifft Sonntag abend wieder in Berlin ein.
- * Tschischerin hat sich damit einverstanden erklärt, daß die nächste Konferenz im Juni im Haag stattfindet.
- * Die deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage werden von den Franzosen als ungenügend angesehen. Minister Hermes wurde von der Reparationskommission um genauere Angaben ersucht.
- * Der Völkerbundsrat hat den Bericht über die Beschwerden des Deutschen Reichs in Polen der polnischen Regierung zur Feststellung des Sachverhalts überwiesen.
- * In Rom sind bei dem Brande eines Hospitals 30 Kranke in den Flammen umgekommen.

Das Programm für den Haag.

Genua schied sich an, in Schönheit zu sterben, aber schon ist die nächste Konferenz in Aussicht, auf die sich die Hoffnungen der Völker richten. Frankreich und Belgien sind bei dem Programmvorschlag für den Haag abseits geblieben, Deutschland ist ausgeschlossen und zahlreiche kleinere Staaten sind nicht beteiligt, weil sie nicht in der politischen Kommission vertreten waren. Kurzum, aus der europäischen Konferenz ist eine Sonderverhandlung von sieben Staaten auf der einen, Rußland auf der anderen Seite geworden. Schon diese Tatsache allein beweist, daß der schöne Traum vom Wiederbeginn des „europäischen Konzerts“ versunken ist. Tschischerin gab unverhohlenen Enttäuschung über diese Entwicklung Ausdruck, er bedauerte das Scheitern der Bemühungen zwischen Gläubiger und Schuldner unter den Nationen, aber er akzeptierte es als Tatsache. Er protestiert gegen den Ausschluß Deutschlands und bleibt bis zum Schluß der Kämpfe für das Recht und die Autorität Rußlands, als der er sich gleich bei Eröffnung der Konferenz bewiesen hat.
Die Konferenz im Haag ist durch die Beschlüsse der 8 Staaten wenig vorbereitet, aber es kommt hinzu, daß sie als Fortsetzung von Genua auch an die Beschlüsse von Genua gebunden bleibt. So hat Frankreich, ohne daß es sich aufs neue verpflichtet hat und ohne daß es an den Beratungen im Haag teilzunehmen braucht, doch alle Möglichkeiten in der Hand behalten, eine Einigung zu hinterziehen. Schon der Zeitgewinn ist für Poincarés Politik ein Triumph. Man kann nicht beurteilen, was bis zum 26. Juni in unserer bewegten Zeit noch geschehen kann. Auf jeden Fall hat Frankreich verhindert, daß unmittelbare Sonderabkommen der anderen Mächte mit Rußland seine Interessen beeinträchtigen können. Sechs Punkte enthält die Vereinbarung, die außer dem „kleinen Burgfrieden“ nur Formfragen regelt, und auch dieser einzige positive Gegenstand ist noch kein fertiger Vertrag zwischen den Mächten. Trotz des Widerstandes Japans gegen Tschischerins Ansicht, auch die anderen mit Rußland verbundenen Regierungen auf dem alten russischen Territorium in ihren Pakt hineinzuziehen, ist der russische Standpunkt durchgedrungen, und Lloyd George hat ausdrücklich noch versichert, daß sich der Burgfrieden nicht nur auf Europa, sondern auch auf die ganze übrige Welt erstreckt. Das bedeutet für Rußland insofern einen Vorteil, als dadurch auch die Kämpfe zwischen Japan und der Republik Tschaia unterbrochen sind, aber durch die einseitige Regelung wird die Bedrohung des Weltfriedens nicht beseitigt.
Die russische Frage ist also vertagt, und die übrigen Arbeiten der Genuefer Konferenz können nur in begrenztem Maße als Vorarbeit für die künftige Konferenz im Haag bewertet werden. Ganz allgemein stellt das Programm für den Haag die Fragen der Schulden, des Privateigentums und der Kredite als Verhandlungsgegenstände auf. Das ist nur ein Teil der russischen Frage, und daß die neuen Kommissionen sich bemühen sollen, gemeinsame „Empfehlungen“ zu finden, bedeutet, daß noch nicht einmal eine Abereinunft über die Fragen gefunden wurde, in denen die Gegensätze bei den Verhandlungen in Genua unüberbrückbar geblieben sind. Der ganze Ballast wird aus Genua nach dem Haag übergeschleppt. Er behindert dort von Anfang an den freien Meinungsaustrausch. Das ist eine schwere Belastung, die dadurch nur noch weiter erschwert wird, daß Frankreich und Belgien sich abseits halten, nachdem sie ihre Sonderwünsche in das Memorandum an Rußland hineingebracht haben. Nur der energische Wille Rußlands und Englands, irgendwie vorwärts zu kommen und

die Verhandlungen nicht ganz scheitern zu lassen, hat dazu geführt, daß noch ein letzter Rest von Hoffnung hinübergerettet wurde. Wieviel davon verwirklicht werden kann, hängt davon ab, welche Fortschritte inzwischen die Revision des Friedens in Paris macht.

Konferenzschluß in Genua.

Die große Weltwirtschaftskonferenz ist zu Ende. Die Formalitäten für die letzten Besprechungen sind festgesetzt. Die letzte Sitzung der ersten politischen Kommission fand am Donnerstag mittag statt. Dabei wurden die von der Unterkommission angenommenen Beschlüsse Punkt für Punkt und ohne Diskussion genehmigt. Auch Tschischerin hat nun zugestimmt, daß die nächste Konferenz im Haag stattfinden, nachdem der Vertreter Hollands die Zustimmung gegeben hatte, daß die niederländische Regierung den Sowjetvertretern alle Rechte und Erleichterungen wie den anderen Mächten gewähren wird.
Für Freitag vormittag war die letzte feierliche Vollziehung der Konferenz anberaumt und der Sonnabend sollte der allgemeine Abreisetag werden. Der deutsche Reichsfinanzminister wird mit dem Rest der deutschen Delegation am Sonnabend abend in Berlin eintreffen. Am Montag wird er dem Reichspräsidenten und dem Kabinett, am Dienstag den Parteiführern und am Mittwoch dem Reichstag, entweder im auswärtigen Ausschuss oder im Plenum, Bericht erstatten.

Amerikas Zurückhaltung.

Hermes und die Reparationskommission.
Auf der Vermählung der Handelskammer der Vereinigten Staaten legte der Handelssekretär Hoover dar, welche Schritte notwendig seien, um die Welt wieder dem normalen Zustande entgegenzuführen. Dazu gehöre eine politische Verständigung über die Beziehungen der europäischen Nationen sowie Herabminderung der Rüstungen als Beweis friedlicher Absichten wie auch im Interesse von Erparnissen. Nötig sei auch Festsetzung der zwischen den Regierungen bestehenden Schuldverpflichtungen einschließlich der von Deutschland zu zahlenden Reparationen auf einer Grundlage, die das Vertrauen erwecke, daß die Zahlung der Zinsen und des Kapitals gesichert sei. Diese bedeutsamen Anhebungen werden in England ganz richtig in dem Sinne aufgefaßt, daß Amerika den Europäern gegenüber sehr zurückhaltend bleibt. Wenn Hilfe gewünscht werde, so müsse man sich an die amerikanischen Kapitalisten wenden. Dazu aber müsse Europa allgemein den gestellten Bedingungen nachkommen. Die wichtigste Bedingung bleibt natürlich die

vernünftige Regelung der Reparationsfrage.

Die Verhandlungen, die Minister Hermes zurzeit über diesen Gegenstand in Paris führt, haben noch kein greifbares Ergebnis gebracht. Dubois hat den deutschen Minister um neue genauere Angaben ersucht. Man versichert jedoch bereits in Paris, wenn nicht ganz Unvorhergesehenes eintreffe, werde Frankreich Anfang Juni nicht in Deutschland einrücken, und wenn die künftigen Verhandlungen einen normalen Verlauf nehmen, werde Frankreich kein gesondertes Vorgehen wegen Verletzung der finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages unternehmen.

Danzig vor dem Völkerbundsrat.

Vertagungen. — Enttäuschungen.
Der Völkerbundsrat, der in Genf acht Tage lang tagte, hat seine Arbeiten abgeschlossen. Die nächste ordentliche Tagung soll im Herbst stattfinden. Vor dem Völkerbundsrat wurde diesmal eine große Zahl internationaler Fragen erörtert, polnisch-litauische Fragen, die Frage des englischen Mandats über Palästina, die russische Hungersnot u. a. m. Die meisten dieser Angelegenheiten liefen einer Vertagung anheim.
Einen großen Raum nehmen die Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig ein. Auf den Herbst verschoben wurde leider die Beschwerde des Deutschen Reichs in Polen. Der Bericht soll zunächst der polnischen Regierung übermitteln werden, außerdem sollen die verschiedenen Rechtsfragen durch den Generalsekretär zusammen mit dem polnischen Vertreter geprüft werden, um gegebenenfalls das Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofes einzukohlen. Bis dahin soll Polen auf alle gerichtlichen Schritte oder Verwaltungsmaßnahmen ver-

zichten, welche die normale Stellung der Deutschen in Polen beeinträchtigen können. Der umfangreiche Bericht des Deutschen Reichs hat im übrigen in Genf einen starken Eindruck gemacht.

Ferner wurde eine eingehende Auslegung der Bestimmungen über die auswärtigen Angelegenheiten Danzigs festgestellt, und beide Teile, Danzig und Polen, stimmten ihr zu. Im allgemeinen soll nach dem Versailler Vertrag die auswärtige Vertretung Danzigs Polen zustehen. Es wurde nun, im Anschluß an eine Entscheidung des Völkerbundskommissars für Danzig vom 17. Dezember 1921, festgestellt, daß auch der Freien Stadt Danzig das uneingeschränkte Recht der Initiative in auswärtigen Angelegenheiten zusteht.

Peinlichen Eindruck dürfte die Entscheidung über die Herstellung von Flugzeugen auf Danziger Gebiet machen. Danzig waren dieselben lähmenden Bedingungen auferlegt worden wie dem Deutschen Reich, und Danzig hatte nun, unterstützt von dem Völkerbundskommissar General Haking, um Milderung der Vorschriften gebeten. Die Militärkommission des Völkerbundes macht nun diese Hoffnungen ein Ende, indem sie merkwürdigerweise den Standpunkt betont, daß eine Flugzeug-Industrie in Danzig sich überhaupt nicht rentieren würde.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Rheinischer Appell an Genua.

Die Abgeordneten der Wahlkreise Düsseldorf Ost und West, mit Ausnahme der Unabhängigen, haben gemeinsam ein Telegramm an den Präsidenten der Genuefer Konferenz de facto erichtet, in welchem sie die Konferenz und durch sie alle friedliebenden Völker der Erde ersuchen, für die sofortige Aufhebung der rechtswidrigen Besetzung der drei rheinischen Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort einzutreten. Sie betonen dabei, daß selbst von alliierter Seite anerkannt wurde, daß mindestens seit Mai 1921, dem Zeitpunkt der Annahme des Ultimatus durch Deutschland, diese als Sanktionen vorgesehene Besetzung aufgehoben werden mußten. Die friedliche Bevölkerung erwarte endlich drei Jahre nach Friedensschluß die Beseitigung dieses unerträglichen Unrechts und Kriegszustandes.

Das kommende Auslieferungsgezet.

Im Reichsjustizministerium wird, wie der Vorwärts berichtet, ein Auslieferungsgezet vorbereitet, das den Komplex der Auslieferungsfragen klären soll. In der Hauptsache wird die Zuständigkeit festzustellen sein, um die bei jeder Auslieferung immer wieder auftauchende Frage, ob das Reich oder die Länder zuständig seien, ein für allemal zu regeln. Die Entscheidung darüber, ob eine Auslieferung zulässig ist oder nicht, wird den Gerichten übertragen. Das Auswärtige Amt hat dann zu entscheiden, ob die Auslieferung erfolgen soll. Hat aber das Gericht entschieden, daß die Auslieferung nicht zulässig ist, so kann das Auswärtige Amt die Auslieferung nicht betreiben. Ferner wird das Gezet zu bestimmen haben, was als politisches Verbrechen zu betrachten ist.

Broterzeugung und Landwirtschaft.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hat einen Beschluß zur Frage der Broterzeugung gefaßt, in dem es heißt: Angesichts der Unmöglichkeit, der Landwirtschaft eine erneute Sondersteuer aufzuerlegen, fordert der Reichsausschuß von der Regierung eine bestimnte Erklärung darüber, daß sie bereit ist, eine Verbilligung des Brotpreises für die wirtschaftlich Schwachen durch die Gesamtheit der wirtschaftlich Leistungsfähigen herbeizuführen. Für diesen Fall ist die Landwirtschaft bereit, eine Gewähr dafür zu übernehmen, daß die zur Sicherung der Broterzeugung erforderlichen Mengen Brotgetreide in Verbindung mit Einkäufen von Auslandsgetreide aus der inländischen Erzeugung fortlaufend rechtzeitig in freiem Verkehr zur Verfügung gestellt werden.

Bezug von deutschen Sachlieferungen.

Die französische Regierung hat bekanntgegeben, daß die französischen Geschädigten schon jetzt deutsche Sachlieferungen beziehen können. Die Interessenten müssen um die Eröffnung eines Kredits für Wiederherstellungslieferungen nachsuchen und sich verpflichten, die bezogenen Waren zur Mobiliarwiederherstellung zu benutzen.